Nr. 262. 82. Jahrgang

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Tageszeitung

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31307
Tel.-Adresse: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Allg. Deutsche Creditanstalt, Blasewitz
Postscheck-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaften Dresden-Altst. und Dresden-Neust., des Amtsgerichts Dresden, der Superintendentur Dresden II, des Forstrentamts Dresden, sowie der Gemeinden Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Rochwitz, Bühlau, Weißig, Schönfeld, Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Dobritz, Laubegast.

Druck und Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Blasewitz. / Verantwortlich für die Schriftleitung: Otto Fr. Zimmermann, Dresden; für den Anzeigenteil: Paul Leopold, Dresden.

Erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: durch die Post viertelj. 12.— einschließlich Bestellgeld; durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 12.—, monatlich 4.—; bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 11.—, monatlich 3.75

Blasewitz
Donnerstag, 11. November 1920.

Anzeigen-Preis: die 6gespaltene Grundzeile oder deren Raum 1.— Mark, im Textteile die Zeile 2.50 Mark, für Tabellen- und schwierigen Satz 50% Aufschlag.
Anzeigen-Annahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr.

Wider die Wohnungsnot.

Im Wohnungsausschuß des Reichstages haben die Deutschnationalen mit Unterstützung der Deutschen Volkspartei folgenden Antrag D. Mumm und Genossen eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung aufzufordern, unverzüglich dem Reichstag einen Gesetzentwurf in der Richtung folgender Grundlinien vorzulegen, die der ständige Beirat des Reichsarbeitsministers für Heimstätten aufgestellt hat: I. Der ständige Beirat für Heimstättenwesen erklärt, daß ohne sofortige Bereitstellung großer Mittel weder der verderblichen Wohnungsnot gesteuert noch dem gefährlichen Wachsen der Arbeitslosigkeit vorgebeugt werden kann. Aus diesem Grunde richtet er an den Herrn Reichsarbeitsminister die dringende Bitte, im Reichskabinett dafür einzutreten, die Hauptverwaltung der Darlehnskassen anzuweisen, „Heimstättendarlehnskassenscheine" zinslos auszugeben, die folgenden Bedingungen entsprechen:

1. Eine öffentlich rechtliche Körperschaft (Gemeinde, Gemeindeverband) beschließt eine Anleihe. 2. Mit dem rechtsgültigen und genehmigten Beschluß wendet sie sich an die nächste Darlehnskasse und stellt dort über Teilbeträge Zwischenscheine aus, durch die sie sich verpflichtet, ihren Inhabern Kommunalobligationen auf Verlangen zu liefern. Diese Zwischenscheine sind steuerfrei. 3. Die Darlehnskasse gibt 96 v. H. des Nennwerts für 4prozentige Kommunalanleihen. 4. Die Darlehnskassen nehmen für Privatzwecke gewöhnlich 5½ v. H. Es genügt rechtlich eine Verordnung der „Hauptverwaltung der Darlehnskassen", an Stelle dieser Verzinsung nur eine Erstattung der Barauslagen (Druckkosten, Verwaltungsgebühren) zu setzen. Diese werden gut gedeckt durch ½ v. H. 5. Um Mißbrauch zu verhüten, darf diese Vergünstigung nur bewilligt werden, wenn die Zwischenscheine den Verwendungszweck „Heimstättenbau" ausdrücklich erkennen lassen. 6. Für so gekennzeichnete Zwischenscheine kann der Kredit der Darlehnskassen jeweilig für den einzelnen Bauherrn nur soweit in Anspruch genommen werden, als er zur Bezahlung bereits geleisteter Baukosten dient. 7. Der Kreditunternehmer ist berechtigt, das Darlehen jederzeit zurückzuzahlen, er ist verpflichtet, jährlich mindestens 1¼ v. H. zu tilgen. 8. Die Heimstätten haben für ihre Hypothek insgesamt 1½ v. H. zu entrichten (1¼ v. H. für Tilgung, ¼ v. H. für die Darlehnskassen). Dieser Prozentsatz gilt für die ersten zehn Jahre. Nach Ablauf dieser Zeit wird eine Neuregelung der Tilgungsfrist nach dem Stande des Geldwertes vereinbart. 9. Für die Gemeindeanleihen dienen die Heimstätten-Hypotheken als besondere Sicherheit. Sie und die darauf basierten Darlehnskassenscheine gewinnen ein besonderes Vertrauen. (4prozentige Hypothekenpfandbriefe stehen heute wesentlich höher als 5prozentige Reichsanleihen.) 10. Die Darlehnskasse ist verpflichtet, nach Maßgabe der ihr zufließenden Tilgungsbeträge Darlehnskassenscheine aus dem Verkehr zurückzuziehen.

II. Der ständige Beirat für Heimstätten hält es für unerläßlich, daß die in den Sparkassen vereinte Sparkraft des deutschen Volkes auch durch die Ausgleichsbecken der Girozentralen der Provinzen und Länder in wesentlich höherem Maße als bisher nutzbar gemacht werde für die zur Gesundung von Volk und Volkswirtschaft unentbehrliche Heimstättenbildung in Stadt und Land.

Der Verlauf des „Revolutions-Feiertages".

Nach den bisher vorliegenden Meldungen ist in Sachsen der Revolutionsfeiertag überall ruhig verlaufen. In vielen Städten und Orten hat man sich an das Dekret des sächsischen Ministeriums gar nicht gestört, sondern ruhig gearbeitet. Auch die von den verschiedenen Links-Parteien veranstalteten Versammlungen waren nicht besonders gut besucht. Die Arbeiterschaft Dresdens ist der Parole der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien zur „Feier" des 9. November nicht in allen Betrieben gefolgt. Durchgängig „gefeiert" wurde nur in Großbetrieben der Zigaretten-Industrie und in den Brauereien. In einzelnen Fabriken, besonders in der Glasindustrie, wurde bis mittag gearbeitet, andere Betriebe arbeiteten voll. Die Angestellten in der Industrie arbeiteten auch zum größten Teil. Ebenso war im Handel und Gewerbe der Streik überhaupt nicht spürbar. Die technischen Betriebe der Stadt wurden in vollem Umfange aufrechterhalten, obwohl eine ganze Anzahl städtischer Arbeiter feierten, die aber diese Zeit im Laufe der nächsten acht Tage nachholen werden. Die sozialistischen Blätter und die amtliche „Sächs. Staatsztg." sind nicht erschienen. Am Nachmittag veranstalteten die sozialdemokratischen Parteien eine Anzahl von Kundgebungen in verschiedenen Lokalen. Eine Versammlung von Erwerbslosen, die von dem bekannten Kommunisten Frenzel geleitet wurde, fand in der Krankenkasse im Laufe des Vormittags statt. Als nach der Versammlung ein großer Teil der Erwerbslosen in der Nähe des Postplatzes einen Demonstrationszug bilden wollte, wurde er daran von Polizeimannschaften gehindert. Die Erwerbslosen nahmen gegen die Polizei eine drohende Haltung ein, beschimpften sie und bewarfen sie mit Schmutz. Darauf erschien auf dem Postplatz, auf dem sich inzwischen eine größere Menschenmenge angesammelt hatte, ein starkes Polizeiaufgebot, das die Ansammlung zerstreute. Das Gewerkschaftskartell ist an das Gewerbeamt herangetreten, um für die Arbeiter die Erlaubnis zu erlangen, den ausgefallenen Arbeitstag am Bußtag nachholen zu können. Da der Bußtag aber gesetzlicher Feiertag ist, wird das Gewerbeamt das Ersuchen des Gewerkschaftskartells wohl ablehnen müssen. In den staatlichen Betrieben wurde überall gefeiert.

Aus dem Reiche liegen nachstehende Meldungen vor:

Berlin, 9. November. Zur Feier des 9. November veranstalteten heute die S. P. D. und die U. S. P. getrennt etwa 90 Versammlungen, die aber nur mäßig besucht waren, da in vielen Betrieben voll gearbeitet wurde, und in anderen mehr oder minder große Teile der Arbeiterschaft erschienen waren. Die Veranstaltungen wurden meist durch Vorträge des Arbeitersängerbundes eröffnet und nach Ansprachen bekannter Führer der Parteien der Linken gingen die Teilnehmer ruhig auseinander, so daß das Straßenbild bald wieder sein gewöhnliches Gepräge trug. In der „Neuen Welt" sprach Crispien u. a. über eine Diktatur des Bürgertums über das Proletariat. Seine Rede fand schwache Aufnahme und wurde hin und wieder durch vereinzelte Zwischenrufe anwesender Kommunisten unterbrochen. Auf dem Hofe des Fabrikgebäudes der AEG. in der Brunnenstraße und der Voltastraße sammelten sich vormittags einige hundert Arbeitslose an, welche die in den Arbeitsstellen Arbeitenden herausholen und zur Mitfeier zwingen wollten. Sie wurden aber hinausgedrängt und zogen unter der Drohung, Verstärkungen aus der Gormannstraße vom Arbeitsnachweis holen zu wollen, wieder ab. Da sie keinen Zuzug erhielten, kehrten sie auch nicht zurück. In den Bureaus der staatlichen und städtischen Behörden herrschte überall voller Dienstbetrieb. Die Arbeiter des Gaswerkes in Charlottenburg beschlossen, weiter zu streiken und nur die Notstandsarbeiten auszuführen. Eine besondere Veranstaltung fand auf der Spielwiese im Friedrichshain statt, die von etwa 12 000 Personen besucht war und ebenfalls einen ruhigen Verlauf nahm. Bemerkenswert ist, daß die S. A. P. D. durch Plakate zum sofortigen Generalstreik ausgerufen hatte, während die „Rote Fahne", das Organ der K. P. D. ihre Anhänger aufforderte, in den Betrieben zu bleiben.

Berlin, 9. November. Da der 9. November von den Behörden nicht als offizieller Feiertag anerkannt worden ist, soll gegen Beamte, die an diesem Tage nicht zum Dienst erschienen sind, das Disziplinarverfahren eingeleitet werden. Die Arbeiter, die am 9. November nicht an ihren Arbeitsstätten erschienen sind, erhalten für den ausgefallenen Tag keinen Lohn.

Altenburg, 9. November. Nach einem Bericht der „Altenb. Ztg." haben die Arbeiter des Meuselwitzer Bezirks heute das Erscheinen der Altenburger Blätter durch die Drohung verhindert, daß sie im Falle der Nichtbeachtung des Revolutionsfeiertages die Lieferung von Kohlen auf 14 Tage unterbinden würden.

Politische Nachrichten.

Saarkohlen für die deutsche Industrie?

Wien, 9. November. Die hiesige Ententemission beschäftigt sich mit der Frage der Wiederinbetriebsetzung der österreichischen Industrie, wozu in erster Linie eine ausreichende Kohlenbelieferung gehört. Wie die „Neue Freie Presse" hört, ist die englische Regierung bemüht, bei der französischen zu bewirken, daß diese Kohlen aus dem Saarrevier für die Zwecke der deutschen Industrie freigibt, wodurch das Deutsche Reich in die Lage versetzt wird, aus Oberschlesien größere Kohlenmengen nach Oesterreich zu liefern. Dazu hat sich die deutsche Regierung bereit erklärt.

Verhandlungen über die Viehablieferung an die Entente.

Berlin, 9. November. Der Wiedergutmachungsausschuß hat die deutsche Regierung aufgefordert, in einer in Paris am 15. November stattfindenden Sitzung sich darüber zu äußern, in welchem Umfange Deutschland in der Lage ist, den von Frankreich, Belgien, Italien und Serbien auf Grund von § 2a des Anhangs 4 zu Teil VIII, Abschnitt 1, des Friedensvertrages angemeldeten Ansprüchen auf Rindvieh, Pferde und Schafe zu entsprechen. Die deutsche Regierung wird eine Kommission von Sachverständigen zu dieser Sitzung entsenden.

Die Dieselmotoren der deutschen Unterseeboote.

Paris, 9. November. Die Botschafterkonferenz beschäftigte sich am Montag mit der Frage der Dieselmotoren. Sie hörte den Bericht der Marinesachverständigen an und kam nach dem „Petit Parisien" zu der Erkenntnis, daß man in Deutschland nicht daran gedacht habe, diese Motoren, soweit sie für Unterseeboote bestimmt waren, für Handelszwecke umzugestalten. Daher wurden die 300 Dieselmotoren, die ausschließlich für Unterseeboote zur Verwendung kamen, von der interalliierten Marinekommission beschlagnahmt. Bevor eine Entscheidung getroffen werden soll, erwartet die interalliierte Marinekommission noch ergänzende Mitteilungen. Aber, wie „Petit Parisien" hinzufügt, könne bereits als wahrscheinlich angenommen werden, daß die Botschafterkonferenz von der deutschen Regierung die Zusicherung fordern werde, daß die betreffenden 300 Dieselmotoren in Zukunft nur für Handelszwecke Verwendung finden dürfen. — Die „Agence Havas" meldet, daß die Aufhebung der Beschlagnahme der Dieselmotoren in Deutschland mit einem ausführlichen Schriftsatz begründet wurde, der den Alliierten ein gewisses Kontrollrecht einräumt. Die Frage des Neubaues von Dieselmotoren soll ferner einem besonderen Beschluß der Botschafterkonferenz vorbehalten bleiben.

Deutschlands Zahlungen im französischen Etat.

Paris, 9. November. In der Kammer wurde heute der erste Teil des Voranschlages für den Staatshaushalt auf 1921 bekanntgegeben. Der Finanzminister Marsal erklärte, daß 22 327 000 Franken ordentliche und 5 490 000 000 außerordentliche Ausgaben insgesamt 27 817 000 000 Franken zu decken seien, während sich die ordentlichen Einnahmen auf 19 735 000 000 und die außerordentlichen Einnahmen auf 5 227 000 000, zusammen 24 962 000 000 Franken belaufen. Was die wiedererstattenden Ausgaben betreffe, so betrügen diese 15 539 000 000, wovon 212 000 000 Franken abgehen, die sich auf das Rechnungsjahr 1920 beziehen. Die Ausgaben für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete beliefen sich auf fast zwei Drittel der wieder zu erstattenden Summe. Der Minister schloß: Es handelt sich hierbei nur um eine vorläufige Lösung, wobei die Summen veranschlagt werden, die Deutschland an Frankreich zu zahlen hat. Die Regierung wird auf keines ihrer Rechte verzichten, die ihr durch den Friedensvertrag von Versailles zugesichert worden sind. Sie wird ohne zu wanken auf der Durchführung aller Verpflichtungen bestehen, die von Deutschland unterschrieben und von den größten Mächten der Erde gewährleistet sind.

Jouhaux über die Verletzung des Spa-Abkommens durch die Entente.

Paris, 9. November. Am Montag vormittag versammelte sich der Nationalrat der französischen Gewerkschaften, wobei der Gewerkschaftsführer Jouhaux, der soeben aus Deutschland zurückgekehrt ist, einen Bericht über die Lage im Ruhrgebiet erstattete. Er erklärte, die Arbeiter wünschten alle im Abkommen von Spa eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, um Frankreich die nötigen Kohlen zu liefern. Wenn die vorgesehenen Mengen nicht geliefert worden wären, so liege das nicht am schlechten Willen der Bergleute, sondern an ihrer physischen Schwäche, die eine solche einer außerordentlich geringfügigen Ernährung sei. Die Abordnung der internationalen Gewerkschaftskommission konnte feststellen, daß die in Spa eingegangene Verpflichtung, die Ernährung der Bergleute zu verbessern, nicht eingehalten worden sei. Jouhaux schloß mit den Worten, daß eine etwaige Besetzung des Ruhrreviers durch Ententetruppen in keiner Weise gerechtfertigt wäre.

Vor dem Ende des Berliner Streiks.

Aus Berlin wird uns vom 9. November folgendes gemeldet: Am Dienstag vormittag wurden zwischen den Beauftragten der städtischen Elektrizitätsarbeiter in Berlin und dem Betriebsrat der Betriebe und Verwaltung des Magistrats weitere Verhandlungen über die endgültige Wiederaufnahme der Arbeit in den städtischen Werken geführt. Nachdem die Elektrizitätsarbeiter sich bereits in der am Montag abend abgehaltenen Versammlung grundsätzlich damit einverstanden erklärt hatten, den Streik abzubrechen, handelt es sich noch darum, mit dem gesamten Betriebsrat über die Lohnforderungen der städtischen Arbeiter Vereinbarungen zu treffen. Jedenfalls wird am Mittwoch in Berlin die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen werden. Man darf damit rechnen, daß bis mittag der normale Betrieb wieder hergestellt ist. Auch eine Einigung bei den Borsigwerken steht bevor. Amtlicherseits mißt man der kommunistischen Aufforderung zum Generalstreik keine Bedeutung bei.

Strafverfolgung gegen einen bayerischen Landtagsabgeordneten.

München, 9. November. Der Geschäftsordnungsausschuß des Landtages befaßte sich heute mit dem Gesuch des Justizministeriums um Genehmigung zur Einleitung der Strafverfolgung gegen den Abgeordneten des Bauernbundes Gandorfer wegen Untreue. Es wurde nachgewiesen, daß bei den im Dezember 1918 vom Landesbauernrat durchgeführten Pferdeversteigerungen ein erheblicher Teil der eingegangenen Barerlöse nachträglich in Kriegsanleihe umgetauscht und der infolge des niedrigen Kursstandes erzielte Ueberschuß von etwa 200 000 Mk. zurückbehalten wurden. Nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft besteht der begründete Verdacht, daß Gandorfer als Vorsitzender des Bauernrates an dieser Veruntreuung von Staatsgeldern beteiligt war. Nach dem Beschluß des Ausschusses wird die Strafverfolgung eingeleitet werden.

Oesterreich beantragt Aufnahme in den Völkerbund.

Wien, 9. November. Die Rote Oesterreichs mit dem Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund ist heute an den Generalsekretär des Völkerbundes in Genf abgesandt worden, nachdem der Hauptausschuß der Nationalversammlung sie genehmigt hatte.

Schwere Ausschreitungen in Italien.

Mailand, 9. November. Im Zusammenhang mit den Wahlen kam es hier zu schweren Ausschreitungen, bei denen ein Polizist schwer mißhandelt und einige Zivilisten verwundet wurden. Bei dieser Gelegenheit wurde der Redakteur des „Secolo", Rechtsanwalt Carlo Roß, getötet. Als die Menge von dem Gebäude der Assozione Liberale die Landesfahne herunterzureißen versuchte, kam es auch dort zu Zusammenstößen, bei denen eine Person getötet und vier verwundet wurden. Auch in Florenz kam es zu schweren Ausschreitungen, in deren Verlauf zwei Personen getötet und viele verwundet wurden.

Poincaré Botschafter in London?

Der Pariser Korrespondent der „Westminster Gazette" berichtet, daß als der künftige Botschafter Frankreichs in London Raimond Poincaré anzusehen sei. In England wird diese Nachricht mit Befriedigung aufgenommen. Andererseits schreibt dagegen „Echo de Paris", als der künftige Botschafter könnte der gegenwärtige Gesandte in Madrid, Sainte Aulaire, betrachtet werden.

Neue Gärung im Kohlendistrikt von Südwales.

Die „Times" berichten: Man meldet eine neue Gärung im Kohlendistrikt von Südwales. Die sogenannten kommunistischen roten Gardisten und die Mitglieder der kommunistischen Partei Englands entfalten eine starke Tätigkeit für einen neuen Streik. Die gemäßigten Arbeiterführer erklären die gegenwärtige kommunistische Verhetzung der Bergleute für sehr ernst.

Unruhen und Streiks in Indien.

Aus Indien werden der „Chicago Tribune" zufolge große Unruhen gemeldet. Aller Orten brechen Streiks aus und auch nihilistische Attentate werden erwartet, so daß das Leben des Prinzen von Wales bedroht sei. Man gab zwar Gesundheitsrücksichten für den vorzeitigen Abbruch seiner Reise an, aber es hatten die indischen Behörden keine Garantie für die Sicherheit übernehmen können. In Delhi sind große Studentenrevolten ausgebrochen unter Führung von Muhamed Ali. Die meisten Hochschulen in Indien sind ge-

SLUB
Wir führen Wissen.